

Dobusch, Leonhard

Working Paper

Digitale Zivilgesellschaft in Deutschland: Stand und Perspektiven 2014

Diskussionsbeiträge, No. 2014/7

Provided in Cooperation with:

Free University Berlin, School of Business & Economics

Suggested Citation: Dobusch, Leonhard (2014) : Digitale Zivilgesellschaft in Deutschland: Stand und Perspektiven 2014, Diskussionsbeiträge, No. 2014/7, Freie Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Berlin

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/95863>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Digitale Zivilgesellschaft in Deutschland

Stand und Perspektiven 2014

Leonhard Dobusch

Fachbereich Wirtschaftswissenschaft

Diskussionsbeiträge

Management

2014/7

Digitale Zivilgesellschaft in Deutschland

Stand und Perspektiven 2014*

Leonhard Dobusch
Freie Universität Berlin

Juniorprofessur für Organisationstheorie
Freie Universität Berlin – Management-Department
Boltzmannstr. 20, 14195 Berlin
Tel: +49 (0)30 838 56274
Web: <http://wiwiss.fu-berlin.de/dobusch>
Mail: Leonhard.Dobusch@fu-berlin.de

* Kurzstudie erstellt auf Anfrage der der *Stiftung Bridge*, www.stiftung-bridge.de; für wertvolle Hinweise Danke ich Markus Bechedahl, Matthias Fiedler, Jakob Kapeller und Rena Tangens.

Einführung: Blick zurück nach vorn

Die Ursprünge der digitalen Zivilgesellschaft¹ in Deutschland und deren Fokus auf die Bereiche Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung liegen in den Protesten zur Volkszählung 1983 und 1987 (Bergmann 2009). Diese resultierten nicht nur in der Schaffung eines diesbezüglichen Grundrechts via höchstrichterlicher Rechtsfortbildung, sondern hatten auch starken Einfluss auf die Ausgestaltung europäischer Regulierung in diesem Feld (Newmann 2008).

Ebenfalls in den 1980er Jahren wurden auch die ältesten heute noch aktiven Organisationen in diesen Themenbereichen gegründet, der Chaos Computer Club (CCC, gegründet 1981), Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF, gegründet 1984) und Digitalcourage (gegründet 1987 als Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs, Foebud). Bemerkenswert und typisch auch für die über 20 Jahre später gegründete Piratenpartei ist dabei eine Kombination der Ablehnung von Überwachungstechnologien mit tendenziell technioptimistischen Positionen und technologischer Herstellung von Transparenz (vgl. das CCC-Motto „Private Daten schützen, öffentliche Daten nützen“, siehe auch Dobusch und Gollatz 2012).

Trotz dieser langen Geschichte zivilgesellschaftlichen Engagements im Kontext digitaler Technologien in Deutschland ist die Debatte nach dem (zumindest: vorläufigen) Scheitern des Experiments Piratenpartei bei der Bundestagswahl und mehr noch nach den Enthüllungen im Rahmen der sogenannten NSA-Affäre von großer Ernüchterung geprägt. Die Mobilisierungsfähigkeit und der politische Druck von Seiten der digitalen Zivilgesellschaft in den Themenfeldern Überwachung und Datenschutz steht in keinem Verhältnis zum bekannt gewordenen Überwachungsmaß. Während im Juli 2013 die Snowden-Enthüllungen noch als „Tschernobyl-Moment der Digitalisierung“² bezeichnet wurden, lässt sich kein vergleichbares Mobilisierungsmoment beobachten. Mehr noch, das Ausmaß der Gegenwehr reicht nicht einmal an die letztlich erfolgreiche Mobilisierung gegen das Anti-Piraterie-Abkommen ACTA heran.

¹ Die Bezeichnung „Digitale Zivilgesellschaft“ wurde dem Begriff der „digitalen BürgerInnenrechtsbewegung“ vorgezogen, weil die behandelten Themen Grund- und Menschenrechtsfragen betreffen, die nicht an den Status einer (Staats-)BürgerInnenschaft gekoppelt sein sollten.

² Vgl. <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2013-07/nsa-skandal-tschernobyl-vergleich> [21.02.2014]

Andererseits gibt es in den letzten Jahren auch Indizien für einen steigenden Stellenwert netzpolitischer Fragestellungen im Bereich parlamentarischer Politik. Dazu zählen unter anderem die Etablierung von „Netzpolitik“ als Politikfeld (Haunss und Hofmann 2013), der relativ große Raum den netzpolitische Themen im großkoalitionären Koalitionsvertrag einnehmen sowie die Einrichtung eines eigenen Bundestagsausschusses für „Digitale Agenda“.

Zusammengefasst lässt sich folgende, zumindest latent widersprüchliche Dynamik beobachten: Während netz- und digitalpolitische Fragen in den letzten zehn Jahren in Deutschland zweifelsohne sowohl substantiell als auch diskursiv an Bedeutung gewonnen haben, bleibt das Mobilisierungspotential der digitalen Zivilgesellschaft in Deutschland tendenziell hinter dieser gestiegenen Bedeutung zurück. Bevor die Ursachen für diesen Befund an Hand einer Analyse von AkteurInnen und von diesen forcierten Themen untersucht werden, präsentiert der folgende Abschnitt theoretische Analysewerkzeuge aus dem Bereich der sozialen Bewegungsforschung.

Ausgewählte Konzepte aus Theorien zu sozialen Bewegungen

Die Ansicht, dass es sich bei den verschiedenen Initiativen und Bewegungen rund um digitale Technologien und das Internet um eine oder mehrere soziale Bewegungen handelt ist mittlerweile weit verbreitet (vgl. z.B. bereits James Boyles (1997) Aufsatz „Environmentalism for the net“). Der Rückgriff auf soziologische Konzepte zur Erklärung von sozialen Bewegungen für die Analyse der digitalen Zivilgesellschaft in Deutschland ist deshalb naheliegend.

Zur Erklärung der Wirkmächtigkeit von sozialen Bewegungen werden in der diesbezüglichen Forschungsliteratur (vgl. z.B. McAdam et al. 1996; Tilly 2004) grob drei verschiedene Dimensionen unterschieden: (1) *Organisierung* durch das Bilden von Allianzen und Netzwerken sowie die Gründung von Trägerorganisationen (McAdam und Scott 2005); (2) *Framing* im Sinne von strategischer, auf Meinungshegemonie abzielender Kommunikation mit dem Ziel Themen zum Thema zu machen (Snow und Benford, 1988; Gerhards and Rucht 1992); sowie die (3) Nutzung von *politischen Ermöglichungsstrukturen* (“political opportunity structures”, Kitschelt 1986; Campbell 2004).

Der erste Punkt impliziert, dass sich auch fluide und lose Bewegungen rund um fokal-formale Organisationen gruppieren, ja diesen bedürfen um langfristig erfolgreich sein zu können. Hayagreeva Rao (2009) unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen „hot cause“, d.h. einem emotionalisierenden und identitätsstiftenden Thema, und „cool mobilization“, d.h. einer längerfristigen Problemlösungsstrategie um diese Identitätsbildung und das mit ihr verbundene Engagement zu verstetigen. Für eine kurzfristige Mobilisierung mag eine „hot cause“ ausreichen, mittel- bis längerfristig sind soziale Bewegungen allerdings nur dann wirksam, wenn sie es schaffen die so entstandene Dynamik in organisierte Bahnen zu kanalisieren. In welcher Form diese Organisierung erfolgt, d.h. ob es sich um stark ehrenamtlich oder stärker professionalisierte, um hierarchischere oder demokratischere Organisationsstrukturen handelt oder um ein Netzwerk unterschiedlicher Organisationstypen, ist eine sekundäre Frage.

Der zweite Aspekt, das Framing, dreht sich um die Frage, welche Themen auf welche Weise kommuniziert werden, um auf diese Weise (vermeintlich) unbeteiligte Dritte („third parties“, Tilly 2004) als Allianzpartner zu gewinnen. Benford und Snow (1988) unterscheiden in diesem Zusammenhang zwischen „diagnostischem Framing“, das Probleme und Verantwortlichkeiten benennt, „prognostischem Framing“, das Lösungen oder zumindest Proteststrategien entwickelt und „motivierendem Framing“ um Anhänger und Außenstehende für ein Engagement zu gewinnen. Wie Gerhards und Rucht (1992) am Beispiel der Proteste gegen den Besuch von US-Präsident Ronald Reagan gezeigt haben, sind für den Mobilisierungserfolg bisweilen nicht alle Framing-Typen gleich wichtig. Für eine Demonstration kann es beispielsweise von Vorteil sein, sich auf Problemdiagnose und Mobilisierung zu konzentrieren und Problemlösungsstrategien außen vor zu lassen, weil damit breitere Bündnisse möglich sind. Sobald es aber darum geht, eine Verstetigung im Sinne von Raos „cool mobilization“ herbeizuführen, steigt die Bedeutung von prognostischem, an konkreten Lösungsmöglichkeiten orientiertem Framing.

Die politischen Ermöglichungsstrukturen wiederum bezeichnen einerseits die historisch-institutionellen Rahmenbedingungen – wozu in Deutschland unter anderem die vergleichsweise große Bedeutung politischer Parteiorganisationen zählt – und andererseits unvorhergesehene sozio-politische Entwicklungen – wie zum Beispiel die Snowden-Enthüllungen –, die mit besonderen Gelegenheiten oder Schwierigkeiten für Mobilisierungsbemühungen einhergehen (Kitschelt 1986).

Die nächsten beiden Abschnitte orientieren sich grob an dieser Dreiteilung in Organisation, Framing und Möglichkeitsstrukturen, indem zuerst ein kurzer Überblick über die zivilgesellschaftlichen AkteurInnen im Bereich Netzpolitik gegeben wird, gefolgt von Fragen rund um Themensetzung und Framing sowie der Analyse von zwei illustrativen Fallbeispielen.

Zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich Netzpolitik in Deutschland

Eine Übersicht über (mehr oder weniger) formal organisierte zivilgesellschaftliche bzw. bürgerrechtlich orientierte Akteure im Bereich Internet und digitale Technologie in Deutschland ist vor allem genau das: übersichtlich (vgl. Tabelle 1).

<i>Bereich</i>	<i>Organisation</i>	<i>Gründung</i>	<i>Mitglieder</i>	<i>Angestellte</i>	<i>Fokus</i>
<i>Zivilgesellschaft</i>	Chaos Computer Club	1981	~5.000	0	Querschnitt
	FIfF	1984	~1.000	0	Frieden und Gesellschaft
	Digitalcourage (Foebud)	1987	~800	5	Querschnitt
	FFII	1999	~1.000	1	Software
	(FSFE	2001	~1.000	7	Software, Europa)
	(EDRi	2002	-	4	Querschnitt, Europa)
	Wikimedia	2004	~10.000	50	Freies Wissen
	AK Vorrat (kein Verein)	2005	-	-	Vorratsdatenspeicherung
	AK Zensur (kein Verein)	2009	-	-	Netzsperrern
	Digitale Gesellschaft	2010	~300	2	Querschnitt
<i>Partei-nah</i>	C-Netz (CDU-nahe)	2012	?	0	Querschnitt
	D64 (SPD-nahe)	2012	~300	0	Querschnitt
	Load (FDP-nahe)	2014	?	0	Querschnitt

Tabelle 1: Auswahl zivilgesellschaftlicher Organisationen im Bereich Netz- und Digitalpolitik in Deutschland nach Gründungsjahr

Die Gründung von kontinuierlich netzpolitisch tätigen, zivilgesellschaftlichen Organisationen (jenseits von Parteistrukturen) lässt sich grob in drei Phasen einteilen. Die drei bereits in den 1980er Jahren gegründeten Vereine CCC, FIfF und Digitalcourage zeichnen sich prinzipiell durch Bearbeitung von Netzpolitik als Querschnittsmaterie aus, wenn auch klare Schwerpunkte im Bereich Datenschutz und Überwachungstechnologien liegen (siehe nächster Abschnitt).

Die zweite Organisierungswelle begann erst Ende der 1990er Jahre und ist durch eine vergleichsweise thematische Engführung und teilweise durch losere Organisationsstrukturen geprägt. So fokussieren FFII und FSFE Fragen rund um Freie und Open-Source-Software

(z.B. Softwarepatente, Förderung von Freier Software), Wikimedia Deutschland die Förderung freien Wissens und die Netzwerke AK Vorrat und AK Zensur widmen sich ohne formale Vereinsstrukturen der Bekämpfung konkreter Gesetzesvorhaben in den Bereichen Datenschutz, Überwachung und Netzsperrern.

Die dritte Organisierungswelle seit 2010 ist wieder von breiteren Zugängen mit größerer Themenvielfalt gekennzeichnet, unterscheidet sich aber von der ersten Organisierungswelle durch stärkere Bezüge bzw. explizite Anbindung an parteipolitische Strukturen – was wiederum die gestiegene Bedeutung von Netzpolitik im politischen System widerzuspiegeln scheint.

Auffällig ist die geringe Zahl an hauptamtlich Beschäftigten quer über die Vereine hinweg, was auf einen trotz über 30jähriger Organisierungsgeschichte geringen Professionalisierungsgrad und schwache Finanzkraft hindeutet. Abgesehen vom Sonderfall Wikimedia und den beiden europäisch orientierten Vereinen FSFE und EDRi gibt es nur bei Digitalcourage (5)³ und Digitale Gesellschaft (2) hauptamtlich Beschäftigte.⁴ In den übrigen Organisationen beschränkt sich der Professionalisierungsgrad auf bezahlte Praktika und Werkverträge. Zum Vergleich: Alleine in der Bundesgeschäftsstelle des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) sind laut Transparenzbericht⁵ 33 Vollzeit und 42 Teilzeitbeschäftigte angestellt.

Klarerweise lässt sich auch im Bereich der Netzpolitik zivilgesellschaftliches Engagement aber nicht auf jene AkteurInnen reduzieren, die sich in bzw. im Umfeld von Vereinen und anderen formalen Zusammenschlüssen mit klarem netzpolitischen Fokus engagieren. Erwähnenswert wären hier beispielsweise das Phänomen der Piratenpartei (für einen Überblick: Bieber und Leggewie 2012), lokale Initiativen (z.B. die Hamburger Volksinitiative „Transparenz schafft Vertrauen“)⁶ sowie einflussreiche Einzelpersonen und Netzwerke (z.B. BloggerInnen). Hinzu kommen AkteurInnen wie LobbyControl, Attac, Campact oder Berufsverbände, die bisweilen (z.B. im Rahmen von Demonstrationen wie „Freiheit statt Angst“)⁷ zu netzpolitischen Themen arbeiten, ihren Arbeitsschwerpunkt jedoch in anderen

³ aufgeteilt auf 9 verschiedene Personen vgl. <https://digitalcourage.de/ueber-uns/transparenzbericht-wer-steht-hinter-digitalcourage-und-wie-verwenden-wir-die-spenden> [21.02.2014]

⁴ Hinzu kommt, dass auch bei Digitalcourage erst seit 2006 vom Prinzip der Ehrenamtlichkeit abgewichen und Digitale Gesellschaft erst 2010 gegründet wurde.

⁵ Vgl. http://www.bund.net/ueber_uns/bund_transparent/ [22.02.2014]

⁶ Vgl. <http://www.transparenzgesetz.de/> [22.02.2014]

⁷ Vgl. <http://blog.freiheitstattangst.de/bundnispartner-2013/>

Themenfeldern verorten. Eine Feinanalyse von netzpolitischen Blognetzwerken und Diskurskoalitionen (Hajer 1993) sowie weitere, thematisch enger netzpolitisch orientierter AkteurInnen ist allerdings im Rahmen dieser Kurzanalyse ebensowenig möglich wie eine Analyse der Folgen von Aufstieg und Fall der Piratenpartei für die Schlagkraft der netzpolitischen Bewegung(en). Vor allem letzteres lässt sich wohl ohnehin (noch) nicht abschließend beurteilen (Klecha und Hensel 2013).

Wenn also im folgenden Abschnitt der Fokus auf digitales Agenda-Setting durch formal organisierte Zivilgesellschaft jenseits von Parteistrukturen gelegt wird, dann ist das bestenfalls eine erste Annäherung und als Ausgangspunkt für weiterführende Analysen und Diskussionen zu verstehen.

Agenda-Setting durch die digitale Zivilgesellschaft: Fokussiert und Defensiv

Die folgende Analyse netzpolitischer Themenschwerpunkte basiert im Wesentlichen auf einer Zusammenfassung jener Punkte, die von den drei netzpolitischen Organisationen mit Querschnittsausrichtung – CCC, Digitalcourage und Digitale Gesellschaft – auf ihren jeweiligen Webseiten zum Stichtag 21. Februar 2014 angeführt wurden, ergänzt um die thematisch enger geführten AkteurInnen. Die Schwerpunkte wurden in insgesamt 9 Themenfelder kategorisiert sowie als „eher offensiv“ (pro-aktive Initiative) bzw. „eher defensiv“ (gegen eine unmittelbare oder bestehende Bedrohung gerichtet) eingeordnet. Tabelle A.1 im Anhang bietet einen Überblick über die diesbezügliche Datenbasis.

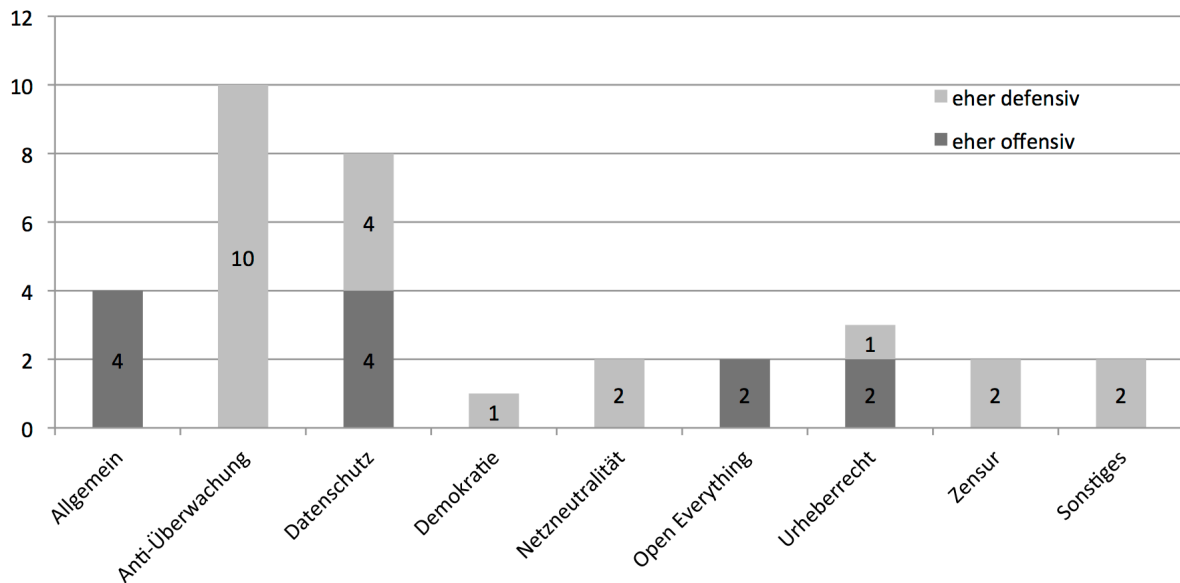


Abbildung 1: Inhaltliche Schwerpunkte netzpolitischer Organisationen nach Themenfeldern (Stand: Februar 2014)

Die Darstellung der Schwerpunkte nach Themenfeldern in Abbildung 1 offenbart eine starke thematische Engführung auf die Bereiche Anti-Überwachung und Datenschutz mit 10 bzw. 8 Initiativen. Zusammen fallen somit knapp 53 Prozent von allen erfassten Themenschwerpunkten in diese beiden Kategorien. Wie ein Blick auf die konkreten Themenschwerpunkte (siehe Tabelle A.1 im Anhang) zeigt, ist diese starke thematische Fokussierung auch nicht durch die jüngsten Entwicklungen rund um die NSA zu erklären, handelt es sich doch größtenteils um Themen wie die elektronische Gesundheitskarte, Vorratsdatenspeicherung (VDS) oder Staatstrojaner, zu denen bereits vor den Snowden-Enthüllungen kampagnisiert worden war.

Von der Tendenz her sind zwei Drittel (65 Prozent) der bearbeiteten Themen defensiver Natur (siehe Abbildung 2): Im Zentrum steht die Mobilisierung gegen konkrete Einschränkung von Grundrechten und Freiheiten im digitalen Bereich wie zum Beispiel die Einführung von Netzsperrern durch den Gesetzgeber oder die Einschränkung von Netzneutralität durch private Internetprovider. Nur etwas mehr als ein Drittel der Themenschwerpunkte zielt auf das Ausschöpfen der Potentiale digitaler Technologien für mehr bzw. neue Rechte und Freiheiten ab.

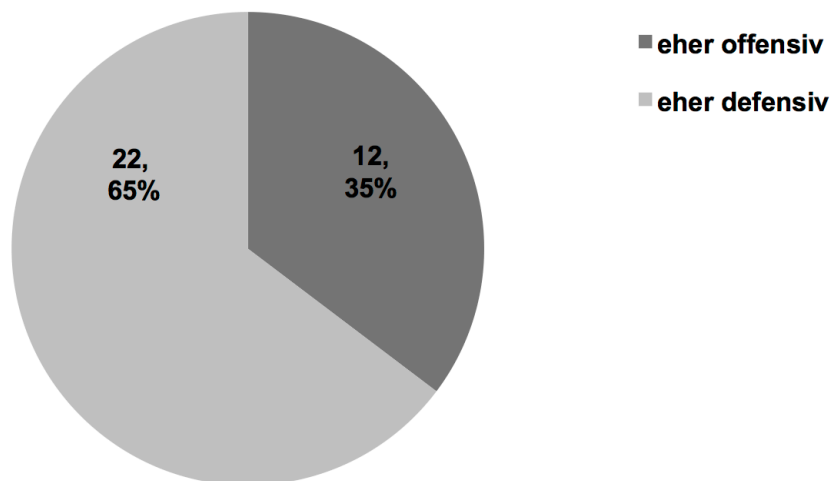


Abbildung 2: Verteilung der Themenschwerpunkte als offensiv bzw. defensiv.

Der Überhang an defensiv ausgerichteten Themen lässt sich aus Perspektive der Theorie sozialer Bewegungen wie folgt einordnen und kann auch dazu dienen, erste Thesen bezüglich der Stärken und Defizite der digitalen Zivilgesellschaft in Deutschland an Hand verschiedener illustrativer Beispiele zu formulieren:

- Mobilisierung im Kontext konkreter Bedrohungsszenarien basiert in erster Linie auf einer Kombination aus diagnostischen und motivierenden Framing-Strategien. Je konkreter und unmittelbarer eine solche Bedrohung vermittelt wird, desto wirksamer sind diesbezügliche Mobilisierungsstrategien. Beispiele für erfolgreiche Mobilisierungsdynamiken sind die Proteste gegen das Zugangserschwerungsgesetz 2009/2010 sowie die Anti-ACTA-Proteste 2012. Hier wurden konkrete Bedrohungsszenarien aufgebaut und mit der Verhinderung geplanter Gesetzesvorhaben gab es auch ein klares Ziel.
- Der mit Defensiv-Strategien häufig verbundene geringere Stellenwert von prognostischem Framing (z.B. in Form von konkreten Lösungs- oder Alternativvorschlägen)⁸ erleichtert die Bildung breiter Allianzen. Exemplarisch für ein derart breites Bündnis sind die Freiheit-statt-Angst-Demonstrationen, an denen sich regelmäßig auch zahlreiche Organisationen beteiligen, deren herkömmlicher

⁸ Das muss klarerweise nicht notwendigerweise so sein. Im Fall von Netzneutralität handelt es sich zwar eher um eine Defensivstrategie, die sich gegen diesbezügliche Eingriffe von Internet-Service-Providern richtet, im Zentrum steht aber der Versuch, eine gesetzliche Verankerung von Netzneutralität auf nationaler und europäischer Ebene zu erreichen. Für Details zum Thema vgl. z.B. <http://echtesnetz.de/>.

Tätigkeitsschwerpunkt außerhalb netzpolitischer Kernthemen liegt und die sich eher allgemein gegen Überwachung richten.

- Umgekehrt ist ohne prognostisches Framing eine Kanalisierung von Engagement in nachhaltigere Bahnen schwieriger. Illustrativ für das große Potential von konstruktiv-offensivem Framing steht beispielsweise Wikimedia Deutschland e. V., der laut eigenen Angaben mittlerweile über 10.000 (größtenteils: Förder-) Mitglieder zählt und damit trotz thematischer Enge binnen weniger Jahre zum mitgliederstärksten Netzpolitik-Verein Deutschlands geworden ist. Klarerweise profitiert Wikimedia in großem Ausmaß von der enormen Reichweite und Popularität der Wikipedia, deren Inhalte wiederum größtenteils von Nicht-Vereinsmitgliedern erstellt werden. Nichtsdestotrotz sind Wikipedia und die verschiedenen Open-Bewegungen (z.B. Open Source, Open Education, Open Data, etc.) Beispiele für Mobilisierungsstrategien jenseits von unmittelbaren Bedrohungsszenarien.

Fallvergleich: Post-Snowden- und ACTA-Protteste

Anschließend an die bisherige Analyse lassen sich auch erste Thesen dafür formulieren, warum Mobilisierungsversuche als Reaktion auf die Snowden-Enthüllungen bislang nur sehr begrenzte Resonanz finden und beispielsweise hinter dem Mobilisierungserfolg rund um die Anti-ACTA-Protteste zurückbleiben (vgl. Tabelle 2). Die beiden Protestbewegungen eignen sich aus mehreren Gründen gut für einen Vergleich:

- Beide Fälle drehen sich um (Einschränkung von) digitalen Freiheiten und BürgerInnenrechten.
- Beide Fälle weisen eine starke grenzüberschreitend-transnationale Dimension auf: im Fall von ACTA handelte es sich um ein multilaterales Abkommen, im Fall der Snowden-Enthüllungen um grenzüberschreitende Überwachungspraktiken und Datenschutzverletzungen.
- Trotz dieser Gemeinsamkeiten zeichnen sich die beiden Fälle durch unterschiedliche Mobilisierungsdynamik und diesbezüglichen zivilgesellschaftlichen Druck auf politische EntscheidungsträgerInnen aus. Während sich im Zuge der Anti-ACTA-Protteste zuvor unbeteiligte „third parties“ wie zum Beispiel jugendliche YouTube-NutzerInnen an Protestaktionen wie Demonstrationen und Petitionen beteiligten und

auf diese Weise eine Ratifizierung des Vertrags durch das EU-Parlament verhindert werden konnte, sind vergleichbare Mobilisierungserfolge im Rahmen der Post-Snowden-Proteste bislang nicht zu beobachten.

Letzteres ist aus zwei Gründen kontraintuitiv: Einerseits sind internationale Abkommen mit schwammigen Formulierungen häufig nicht sehr gut greifbar, eine Übersetzung in persönliche Betroffenheit ist deshalb eine spezifische Herausforderung. Das (massen-) mediale Interesse an ACTA stieg deshalb auch erst in einer Phase, als die zivilgesellschaftliche Mobilisierung bereits erste größere Erfolge vorweisen konnte.⁹ Genau diese journalistische Behandlung des Themas ist aber, andererseits, im Falle der NSA-Affäre besonders ausgeprägt, fühlen sich doch viele journalistisch Tätige als besonders und unmittelbar von den Enthüllungen betroffen.¹⁰

	<i>Post-Snowden-Proteste</i>	<i>ACTA-Proteste</i>
<i>Diagnostisches Framing</i>	Umfassende und anlasslose Überwachung bedrohen Demokratie und verletzen Grundrechte	ACTA bedroht Freiheit im Internet und im Alltag genutzte Internetdienste (z.B. YouTube)
<i>Motivierendes Framing</i>	Bislang kein klarer Forderungsadressat	Teilnahme an Protesten übt Druck auf politische EntscheidungsträgerInnen aus, insb. MdEPs und nationale Regierungen.
<i>Prognostisches Framing</i>	Bislang keine klaren/konkreten Lösungen	Ablehnung/Nicht-Ratifizierung von ACTA durch EU-Parlament bzw. Regierungen

Tabelle 2: Vergleich dominanter Framingstrategien von Post-Snowden- bzw. ACTA-Protesten

Ein sehr oberflächlicher und simplifizierter Vergleich des Framings in beiden Fällen (vgl. Tabelle 2) kann jedoch vielleicht zumindest Hinweise auf die Ursachen für diese Unterschiede geben. In beiden Fällen gibt es ein klares diagnostisches Framing der Überwachungspraktiken bzw. des Abkommens als Missstand. Im Falle von ACTA gelang es jedoch zusätzlich, die schwammigen Formulierungen des Abkommens (Dobusch 2013) auf eine Weise zu füllen, die an alltägliche Nutzungspraktiken breiter Kreise von vor allem jungen InternetnutzerInnen anschlussfähig war. Wie erfolgreich das Framing der Proteste im Fall von ACTA war, hat auch eine Lehrforschungsprojekt unter der Leitung von Katrin Tonndorf (2014) gezeigt.

Dass diese Mobilisierung der „YouTube“-Generation aber keineswegs zu dauerhaftem Engagement geführt hat und die Schnittmenge zwischen netzpolitischer Zivilgesellschaft und

⁹ Vgl. den

¹⁰ Vgl. z.B. die Affäre rund um die Löschung der Guardian-Server: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-08/guardian-greenwald-miranda>

der Masse junger InternetnutzerInnen weiterhin gering sein dürfte, darauf deutet beispielsweise eine Analyse von Twitter-Followerzahlen hin (vgl. Kucharz 2013 sowie Abbildung 3).

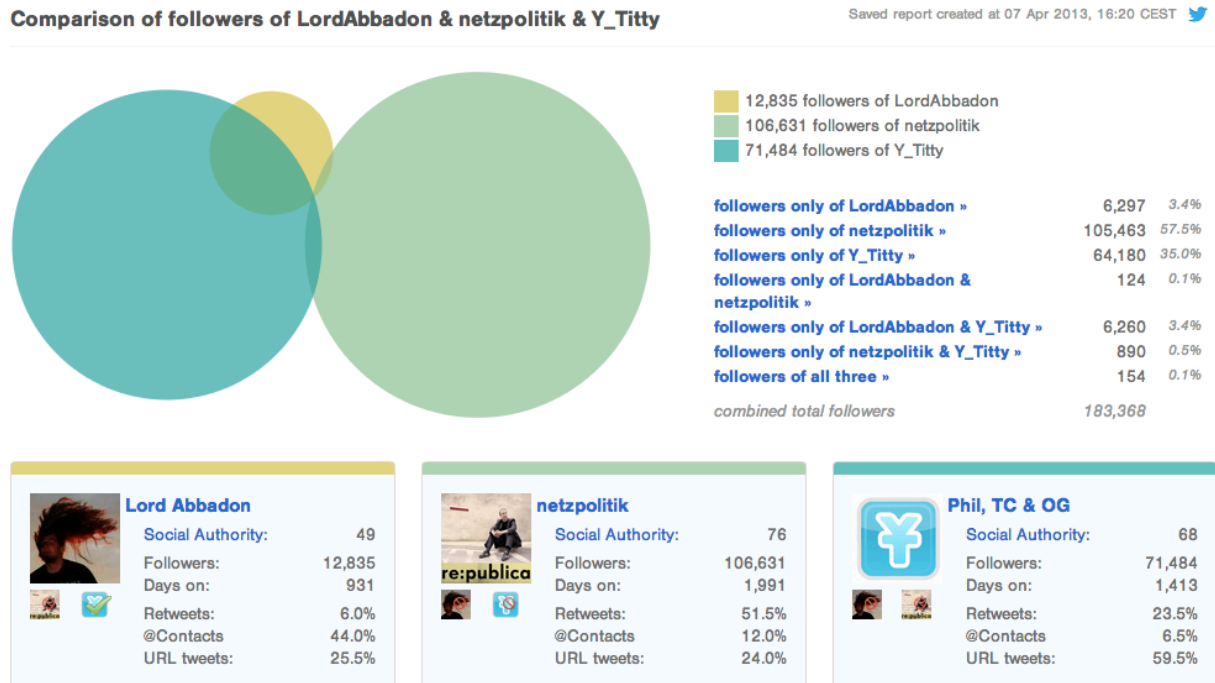


Abbildung 3: Vergleich von Twitter-Followerzahlen von @netzpolitik und bekannten YouTubern (aus: Kucharz 2013)

Im Falle der Snowden-Enthüllungen macht es paradoxerweise gerade das Ausmaß der Enthüllungen schwerer, solche Bezüge herzustellen. Dass seit mehreren Jahren derart umfangreich überwacht wurde, ohne dass das von breiten Bevölkerungsteilen als Einschränkung von digitaler Freiheit erlebt wurde, erschwert die Konstruktion von Problemnarrativen. Oder in den Worten des Bloggers Michael Seemann: „Wir leben seit 10 Jahren mit der Überwachung. Dass wir mit ihr leben können ist keine Frage, sondern ein empirisch bewiesener Fakt.“¹¹

Noch weniger als ein überzeugendes diagnostisches Framing ist aber bislang motivierendes oder prognostisches Framing als Reaktion auf die Snowden-Enthüllungen gelungen. Die Bandbreite der Forderungen reicht von fundamentaler Geheimdienstkritik („Geheimdienste machen die Welt unsicherer“)¹² bis hin zur Forderung nach deren stärkerer demokratischer Kontrolle und der Erneuerung alter Forderungen wie jener nach der Abschaffung der

¹¹ Vgl. <http://mspr0.de/?p=3927> [23.02.2014]

¹² Vgl. ZEIT Online, <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2014-01/geheimdienste-machen-die-welt-unsicherer/komplettansicht>

Vorratsdatenspeicherung.¹³ Letzteres hat zumindest den Vorteil, konkrete Forderungen an konkrete AnsprechpartnerInnen richten zu können und hat damit Ähnlichkeiten zum diesbezüglichen Framing der Anti-ACTA-Proteste.

Schließlich zeigte sich im Fall der Snowden-Enthüllungen auch, welche Nachteile mit dem, zum Beispiel im Vergleich zur Umweltschutzbewegung, geringen Professionalisierungsgrad verbunden sind. Anstatt, wie die Anti-Atom-Bewegung nach Fukushima, auf etablierte Mobilisierungsinfrastrukturen zurückgreifen zu können, war die digitale Zivilgesellschaft vor allem auch mangels finanzieller Basis nicht in der Lage die NSA-Affäre für kurzfristige Mobilisierung zu nutzen.

Fazit

Mehr als 30 Jahre nachdem mit dem CCC eine erste zivilgesellschaftliche Organisation mit dem Fokus auf digitale Technologien und deren gesellschaftliche Implikationen gegründet wurde, ist der Organisationsgrad trotz eines klar beobachtbaren Bedeutungszuwachses überschaubar geblieben. Der Professionalisierungsgrad und, damit verbunden, die Finanzkraft der Bewegungsorganisationen ist verglichen mit Umweltschutzorganisationen völlig vernachlässigbar. Die verfolgten Themen fokussieren zum größten Teil Fragen von Überwachung bzw. Datenschutz und sind stark defensiv geprägt. Eine Kanalisierung von kurzfristig-emotionalisierender Mobilisierung in langfristig-organisiertes, zumindest teilweise auch pro-aktives Engagement gelingt nur in einem sehr beschränkten Ausmaß.

Die vorliegende Analyse kann bestenfalls als Ausgangspunkt für Diskussionen über strategische Optionen und Potentiale dienen. Zu den möglichen Ansatzpunkten zählen beispielsweise:

- Verbreiterung der behandelten Themenstellungen um neue Zielgruppen und BündnispartnerInnen zu gewinnen.
- Ausbau offensiver Kampagnenschwerpunkte und diesbezüglicher Framingstrategien, die auch prognostisch-lösungsorientierte Aspekte berücksichtigen.

¹³ Vgl. exemplarisch die Kolumne von Sascha Lobo auf Spiegel Online, der seit den Snowden-Enthüllungen ausschließlich zu diesem Thema schreibt: <http://saschalobo.com/portfolio/spiegel-online/> [23.02.2014]

- Stärkere Fokussierung auf Kanalisierung von kurzfristiger Mobilisierung in langfristige Organisationsstrukturen.
- Professionalisierung von Organisations- sowie insbesondere Fundraising-Strukturen.

Die Herausforderung bei der zuletzt angesprochenen Professionalisierungsstrategie wird allerdings auch darin bestehen, größere Finanzkraft zu erreichen ohne legitimitätsschwächende Kooperation mit großen IndustrieakteurInnen einzugehen.

Anhang

CCC	Feld* Ausrichtung	Digitalcourage	Feld* Ausrichtung	DigiGes	Feld* Ausrichtung	Weitere Akteure	Feld* Ausrichtung				
Biometrie	Ü	Defensiv	Cloud	DS	Offensiv	Störerhaftung	C	Defensiv	AK Vorrat	Ü	Defensiv
Datenbrief	DS	Offensiv	Gesundheitskarte	DS	Defensiv	Lobby-Transparenz	A	Offensiv	AK Zensur	Z	Defensiv
Digitale Intimsphäre	Ü	Defensiv	EU-Datenschutz	DS	Offensiv	Open Data	O	Offensiv	FIF	A	Offensiv
Gesundheitskarte	DS	Defensiv	Facebook	DS	Defensiv	Datenschutz	DS	Offensiv	FFII	S	Defensiv
Lebenswertes Netz	A	Offensiv	RFID	DS	Defensiv	ACTA	C	Defensiv	Wikimedia	O	Offensiv
Hackerethik	A	Offensiv	Überwachungsstaat	Ü	Defensiv	Netzneutralität	N	Defensiv			
Hackerparagraf	S	Defensiv	Videoüberwachung	Ü	Defensiv	Urheberrecht	C	Offensiv			
Staatsstrojaner	Ü	Defensiv	VDS	Ü	Defensiv	Überwachung	Ü	Defensiv			
VDS	Ü	Defensiv				VDS	Ü	Defensiv			
Wahlcomputer	D	Defensiv									
Zensur	Z	Defensiv									
Netzneutralität	N	Defensiv									

* Allgemein (A), Anti-Überwachung (Ü), Datenschutz (DS), Demokratie (D), Netzneutralität (N), Open Everything (O), Urheberrecht (C), Zensur (Z), Sonstiges (S)

Tabelle A.1: Themen ausgewählter netzpolitischer Organisationen in Deutschland (Stand: Februar 2014)

Literatur

- Benford, R.D./Snow, D.A. (2000): Framing processes and social movements: An overview and assessment. *Annual Review of Sociology*, 26: 611-639.
- Bergmann, Nicole (2009): *Volkszählung und Datenschutz: Proteste zur Volkszählung 1983 und 1987 in der Bundesrepublik Deutschland*. Hamburg: Diplomica Verlag.
- Bieber, C./Leggewie, C. (Hg.) (2012): *Unter Piraten: Erkundungen in einer neuen politischen Arena*. Bielefeld: Transcript
- Boyle, J. (1997): A Politics of Intellectual Property: Environmentalism for the Net?, *Duke Law Journal*, 47, 87-116
- Campbell, J. L. (2004): *Institutional Change and Globalization*. Princeton: Princeton University Press.
- Dobusch, L. (2013): ACTA as a Case of Strategic Ambiguity. In: Dobusch, L./Mader, P./Quack, S. (Hg.): *Governance across borders: Transnational Fields and Transversal Themes*. Berlin: epubli, 124-126.
- Dobusch, L./Gollatz, K. (2012): Piraten zwischen transnationaler Bewegung und lokalem Phänomen. In: Bieber, C./Leggewie, C. (Hg.): *Unter Piraten: Erkundungen in einer neuen politischen Arena*. Bielefeld: Transcript, 25-40
- Dobusch, L./Quack, S. (2013): Framing standards, mobilizing users: Copyright versus fair use in transnational regulation. *Review of International Political Economy*, 20 (1), 52-88.
- Gerhards, J./Rucht, D. (1992): Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany, *American Journal of Sociology*, 98 (3), 555-96.
- Hajer, M.A. (1993): Discourse Coalitions in the Institutionalization of Practice: The Case of Acid Rain in Britain. In: Fisher, F./Forester, J. (Eds.): *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*. Durham: Duke University Press, 43-76.
- Haunss, S./Hofmann, J. (2013): Die Entstehung des Politikfelds Netzpolitik. Call for Paper für ein Panel im Rahmen der DVPW Sektionstagung 2014, online: <http://bit.ly/NmjBrN>

- Kitschelt, H.P. (1986): Political opportunity structures and political protest: Anti-nuclear movements in four democracies. *British journal of political science*, 16 (1), 57-85.
- Klecha, S./Hensel, A. (2013): *Zwischen digitalem Aufbruch und analogem Absturz: Die Piratenpartei*. Opladen: Barbara Budich.
- Kucharz, J. (2013): Die Netzgemeinde und die verlorene Youtubegeneration. Netzfeuilleton, 08.04.2013, <http://netzfeuilleton.de/die-netzgemeinde-und-die-verlorene-youtubegeneration/>
- Lewis, K./Gray, K./Meierhenrich, J. (2014): The Structure of Online Activism. *Sociological Science*, 1 (1), <http://www.sociologicalscience.com/structure-online-activism/>
- McAdam, D./Scott, R. W. (2005): Organizations and Movements. In: Davis, G. F./McAdam, D./Scott, R. W./Zald, M. N. (Hg.): *Social Movements and Organizational Theory*, New York: Cambridge University Press, 4-40.
- McAdam, D./McCarthy, J. D./Zald, M.N. (1996): *Comparative Perspectives on Social Movements: Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Newman, Abraham (2008): *Protectors of Privacy: Regulating Personal Data in the Global Economy*. Ithaca: Cornell University Press.
- Rao, H. (2009): *Market Rebels. How Activists Make Or Break Radical Innovations*, New Jersey: Princeton University Press.
- Tilly, C. (2004): *Social Movements, 1768-2004*. Boulder & London: Paradigm Publishers.
- Tonndorf, K. (2014): „Framing“: Wie sich die ACTA-Gegner durchsetzten. iRights.info, <http://irights.info/framing-wie-sich-die-acta-gegner-durchsetzten>

Diskussionsbeiträge - Fachbereich Wirtschaftswissenschaft - Freie Universität Berlin
Discussion Paper - School of Business and Economics - Freie Universität Berlin

2014 bereits erschienen:

- 2014/1 FOSSEN, Frank M.; Ronny FREIER und Thorsten MARTIN
Race to the debt trap? : Spatial econometric evidence on debt in German municipalities
Economics
- 2014/2 SCHREIBER, Sven
Anticipating business-cycle turning points in real time using density forecasts from a VAR
Economics
- 2014/3 FOSSEN, Frank M. und Daniela GLOCKER
Stated and revealed heterogeneous risk preferences in educational choice
Economics
- 2014/4 KNABE, Andreas, Ronnie SCHÖB und Marcel THUM
Der flächendeckende Mindestlohn
Economics
- 2014/5 QUINT, Dominic und Pau RABANAL
Monetary and Macprudential Policy in an Estimated DSGE Model of the Euro Area
Economics
- 2014/6 HUGHES HALLETT, Andrew; Ansgar RANNENBERG und Sven Schreiber
New Keynesian versus old Keynesian government spending multipliers: a comment
Economics